

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin Schulelternratsvorsitzender am Gymnasium O.. Die Lehrer führen bis auf weiteres keine Klassenfahrten mehr durch. Bitte senden Sie mir einen Link (oder eine PDF Datei) wo ihre Argumente für die in der Mehrarbeit Auf 24,5 h beschrieben sind. Wir Eltern wollen uns eine eigene Meinung bilden und uns nicht Instrumentalisieren lassen.

Schulelternrat

Sehr geehrter Herr Elternratsvorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben per E-Mail. Frau Ministerin Heiligenstadt hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. In Ihrer E-Mail sprechen Sie die geplante der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Gymnasien und die Ausweitung einhergehende Debatte um die Klassenfahrten an. Gern möchte ich Ihnen dazu einige Erläuterungen geben:

Anfang Juli hat die Niedersächsische Landesregierung über ihren ersten eigenen Haushaltsplanentwurf 2014 und die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2017 entschieden. In diesem Kabinettsbeschluss ist der Anspruch der Landesregierung untermauert worden, die Bildungspolitik zum Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu machen.

Der Kultusetat soll bis 2017 auf insgesamt 5,35 Milliarden Euro steigen. Insgesamt investieren wir in dieser Wahlperiode mehr als eine Milliarde Euro mehr in Bildung. Mit dieser Erhöhung sollen u.a. erhebliche Entlastungen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte geschaffen werden. Außerdem geht es um deutliche Qualitätsverbesserungen an den Schulen.

Im Mittelpunkt steht dabei das Bildungspaket „Zukunftsoffensive Bildung“. 420 Millionen soll dieses Bildungspaket umfassen und dazu beitragen, alle Kinder bestmöglich und so früh wie möglich zu fördern, die Lernbedingungen flächendeckend zu verbessern und allen Kindern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen.

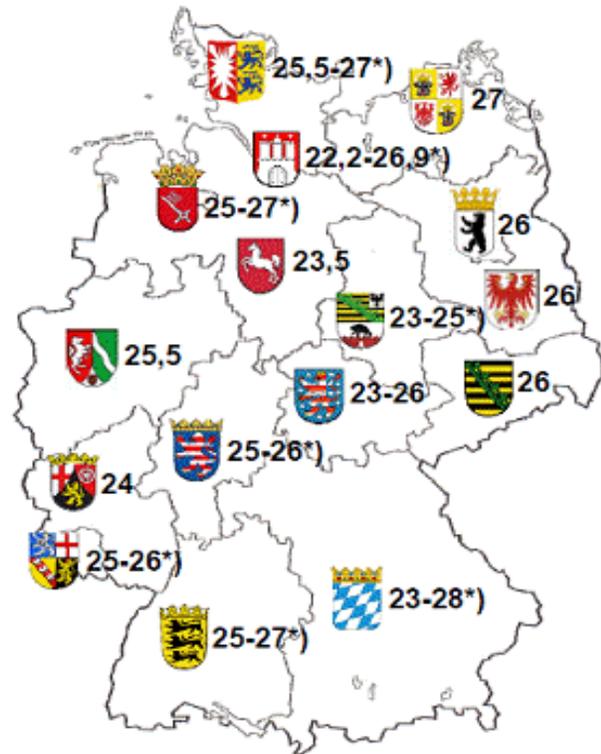
Daher soll gezielt in drei Bereiche investiert werden: Frühkindliche Bildung,

den Ausbau der Ganztagschulen und Qualitätsverbesserungen an Schulen. Es geht um kleinere Klassen, eine Verdopplung der Mittel für Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, um mehr Schulpsychologen und den Ausbau des Gesundheits- und Arbeitsschutzes an den Schulen. Besonders wichtig sind der Landesregierung der Ausbau und die bessere Ausstattung des Ganztagesangebotes. Der Ganztagsbetrieb soll in Zukunft zum Großteil durch Lehrkräfte, anderen Landesbediensteten und Beschäftigte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und mit arbeitsrechtlich korrekten Verträgen durchgeführt werden.

Wie erwähnt werden für die „Zukunftsoffensive Bildung“ mehr als 420 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung nimmt also sehr viel Geld in die Hand, um die oben genannten Ziele zu erreichen. Aber das Land darf sich nicht unendlich verschulden. Es gilt, die in der Verfassung festgeschriebene „Schuldenbremse“ zu beachten und die Landesschulden mit Blick auf die nachfolgenden Generationen nicht in verantwortungslose Höhen treiben zu lassen.

Neben der erwähnten Aufstockung des Kultusetats sind also Umschichtungen innerhalb des Haushaltes unerlässlich, um einen Spielraum für Investitionen zu erhalten. Deswegen hat die Landesregierung beschlossen, die Erhöhung der Altersermäßigung um eine Stunde für Lehrkräfte zum 1.8.2014 auszusetzen und die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Gymnasien um eine Unterrichtsstunde pro Woche moderat von derzeit 23,5 auf 24,5 Wochenstunden anzuheben. Auch nach dieser Erhöhung befinden sich die Lehrkräfte an Gymnasien im Vergleich zu anderen Schulformen in Niedersachsen am unteren Ende der Regelstundenzahlen. An den Integrierten Gesamtschulen, wo Schülerinnen und Schüler ebenfalls das Abitur ablegen können, unterrichten Lehrkräfte bereits seit Jahren 24,5 Stunden pro Woche. Im Ländervergleich liegt die Regelstundenzahl der niedersächsischen Lehrkräfte an Gymnasien zudem weiterhin im unteren Bereich, wie Sie anhand des folgenden Schaubildes sehen können:

Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien in den Bundesländern



*) Besondere Arbeitszeitmodelle

Mit Blick auf die deutlichen Verbesserungen, ist die Landesregierung der Meinung, dass diese moderaten Anpassungen vertretbar sind.

Die 86.000 Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen leisten gute und wertvolle Arbeit. Die Kultusministerin weiß um ihren großen Einsatz und ihr vielfältiges Engagement. Wir werden unsere Verantwortung für sie wahrnehmen und auch mehr Entlastungsmöglichkeiten schaffen: So werden z.B. zum Beginn dieses Schuljahrs die Klassen an Gymnasien weiter verkleinert, im Zuge der „Zukunftsoffensive Bildung“ ist geplant, den Fort- und Weiterbildungsetat zu verdoppeln, unter anderem mehr Schulpsychologen einzustellen und den Bereich Gesundheits- und Arbeitsschutz an Schulen zu verstärken. Im Rahmen unseres Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ wird derzeit zum Beispiel auch darüber diskutiert, ob die Zahl der Prüfungsfächer und Klausuren auf dem Weg zum Abitur reduziert werden könnte und ob nicht auch andere Formen der Leistungsbewertung herangezogen werden sollten. Der Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte könnte dadurch erheblich gemindert werden.

Es ist natürlich das gute Recht der Lehrerinnen und Lehrer, ihrem Ärger über die geplanten Maßnahmen Luft zu machen. Nicht alle politischen Entscheidungen werden im Konsens gefällt. Das Streichen von Klassenfahrten und Schüleraustauschen geht jedoch über die legitime Interessenvertretung hinaus. Hier soll ein politischer Streit auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern sollen instrumentalisiert werden, um der Landesregierung Druck zu machen. Damit nimmt man Schülerinnen und Schülern die Freude an schulischen Aktivitäten – das ist sicherlich eine falsche Konsequenz.

Schulfahrten haben einen hohen pädagogischen Stellenwert und sind für viele Schülerinnen und Schüler ein absoluter Höhepunkt. Schülerinnen und Schülern sollte die Freude an schulischen Aktivitäten nicht genommen werden, um ein politisches Ziel zu erreichen. Deswegen gehören Schulfahrten zum wesentlichen Bestandteil der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Schule – und bereiten ja meistens auch den Lehrerinnen und Lehrern viel Freude.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Schluss: In manchen Bundesländern ist geplant, im Kultusressort zu kürzen, u.a. werden Lehrerstellen gestrichen. In Niedersachsen hingegen steigt der Etat für Bildung nicht nur erheblich, sondern trotz des erwarteten Schülerrückgangs – allein in diesem Jahr gibt es 15.000 Schülerinnen und Schüler weniger – bleiben alle Ressourcen im System und es wird sogar ein qualitativer Ausbau des niedersächsischen Schulsystems ermöglicht. Eine Kraftanstrengung, die vor diesem Hintergrund wohl nicht selbstverständlich erscheint.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die Hintergründe und Zusammenhänge erklären konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Niedersächsisches Kultusministerium

Pressestelle